



Fraktion im Auricher Stadtrat

Gila Altmann – Viola Czerwonka Email: gruene.stadtratsfraktion@greenlink.de

Drucksachen-Nr.	
18	184

Stadt Aurich
Herrn Bürgermeister Windhorst
Bgm. – Hippen – Platz 1
26603 Aurich

Aurich, 24.08.2018

Anträge zum 2. Nachtragshaushalt 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

anbei das Antragspaket der grünen Stadtratsfraktion zu den Haushaltsberatungen. Wir bitten darum, dass die Punkte einzeln abgestimmt werden.

1. Konzept zur Reduzierung der Defizitabdeckung für den Betrieb des Badesees Tannenhausen neu berechnen

Begründung:

- a. Die bisherige Kalkulation für den Wirtschaftsplan 2019 erschließt sich uns nicht. Obwohl Serviceangebot und Equipment stetig gestiegen sind, liegen die Ansätze für die städtischen Ausgaben unter denen von 2017. Insbesondere die Aufschlüsselung der „Sonstigen Kosten“ ab 2015 ist dabei von Interesse.
- b. Im Haushalt 2019 sollen 240.000 Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt werden mit einem Einsparungsvolumen von 100.000 Euro u.a. für die Erhebung von Parkgebühren in der Höhe 70.000 Euro. Die Erweiterung der Liegewiese mit einem Volumen von 80.000 Euro halten wir für verzichtbar, da die bisherigen Kapazitäten ausreichen, was den Haushaltsansatz für 2019 auf 160.000 Euro reduzieren würde. Stattdessen sollten mittelfristig weitere Fahrradstände in die Planung einbezogen werden.
- c. Die Erweiterung des Kiosks (Wintergarten) im Wert von 131.739,01 Euro soll über eine Erhöhung der Pachtgebühren von 7.000 auf 10.000 Euro/a erhöht werden. Das entspräche nach unseren Berechnungen einer Amortisationsdauer von 43 Jahren, ohne Berücksichtigung der Inflationsrate und Veränderungen bei der Zinsbindung. Das halten wir für unangemessen und beantragen eine Erhöhung der Pacht auf 13.500 Euro, was einer Abschreibungszeit von ca. 20 Jahren entspräche.

2. **Erarbeitung eines gestaffelten Parkraumkonzeptes incl. Tiefgarage (TG) mit einer realistischen Kostenschätzung der Einnahmen und Ausgaben.**
 - a. Eine aussagekräftige Kostenschätzung umfasst Erstellung, Unterhalt und Infrastruktur der Parkplätze, den Grad der Auslastung sowie den Personalaufwand für Tiefgarage und Kontrolle. Bislang fehlen jedoch aussagekräftige Planzahlen und darauf abgestimmte Konzepte.
 - b. Der Parkplatz der Sparkassenarena wird auch im hinteren Bereich in die Bewirtschaftung miteinbezogen.
 - c. Für Dauerparker*innen wird in Zusammenarbeit mit der Kaufmannschaft ein Konzept für Tages-/Wochen-/Monatsstarife für ihre Mitarbeiter*innen erarbeitet.
 - d. Die Staffelung der Parkplätze im Innenstadtring wird gebührenmäßig so gestaltet, dass sich die Auslastung der Tiefgarage bei der geplanten Gebührenordnung erhöht.

Begründung: Auch das Parken muss die entstehenden Kosten erwirtschaften. Insofern stimmen wir einer Neukonzeption der Parkraumbewirtschaftung im Grundsatz zu. Wir befürworten auch den Ansatz, für die Innenstadt den Fokus auf die Kundschaft zu legen und neue Technologien zu nutzen, um minutengenau die Gebühren entrichten zu können. Diese Umstrukturierung der Parkgebühren setzt jedoch zunächst einmal eine umfassende Erhebung der tatsächlichen Kosten und Erträge für die Bewirtschaftung der Parkplätze voraus.

Die allgemeine Aussage, dass 200.000 Euro erwirtschaftet werden sollen, die Einnahmen aber „in noch nicht zu beziffernder Höhe erzielt“ werden, hat aus unserer Sicht keine belastbare Aussagekraft als Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes. Es braucht innerhalb der unterschiedlichen Zonen konkrete Schätzungen, die auf Erfahrungswerten beruhen. Da die TG laut Plan immer noch fast 160.000 Euro Defizit erwirtschaftet, sollte die Auslastung entsprechend erhöht werden, indem die Gebührengestaltung im Verhältnis zu den oberirdischen Parkplätzen zugunsten der TG gestaltet werden. Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass Aurich über ausreichend Parkraum verfügt und der Kostendeckungsgrad durch ein professionelles Parkraummanagement mit gestaffelten Gebühren erhöht werden kann, ohne die Nutzer*innen zu sehr zu belasten.

3. **Verhandlungen mit dem Kreis bezgl. Senkung der Kreisumlage um 10 Punkte oder Übernahme der von ihr zu leistenden Kosten.**

Begründung: Nach unserer Auffassung sollte darauf hingewirkt werden, die Kreisumlage für alle Städte und Gemeinden neu zu berechnen und zu senken, da sie aus unserer Sicht zu hoch ist. Die Stadt Aurich übernimmt mittlerweile Kreisaufgaben z.B. bei den Kindergärten und im schulischen Bereich. Diese Ausgaben erhöhen die Kreisumlage von derzeit 53 Punkten bereits um mehr als 10 Punkte.

Gleichzeitig erwirtschaftet der Kreis einen satten Überschuss von 6,5 Mio Euro – auch auf Kosten der Stadt Aurich. Wir beantragen darum, dass die Mitglieder des Auricher Rates im Kreistag und der Verwaltungsspitze Verhandlungen mit dem Kreis aufnehmen, um hier zu einer Änderung zu gelangen.

4. **Verzicht auf die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer A und B**

Begründung: Steuererhöhungen im Bereich Grund- und Gewerbesteuern zu Konsolidierung lehnen wir ab, da sie keine Lenkungswirkung entfalten. Anders als z.B. die Einführung der Regenwasserabgabe – die eigentlich eine Flächenversiegelungsabgabe ist, kann man den Kosten nicht ausweichen. Die Steuern belasten nicht nur Besitzer*innen von Immobilien,

Mieter*innen und Unternehmen zusätzlich, sondern auch die Sozialsysteme. Gerade weil die Löhne und Gehälter nicht im selben Maß steigen, ziehen sich verteuernde Mieten weitere Anpassungen nach sich.

Die geschätzten Mehreinnahmen von 1,6 Mio Gewerbesteuer und 0,5 Mio Grundsteuer könnten über die Senkung der Kreisumlage kompensiert werden.

5. Erarbeitung eines Konzeptes zur Überführung der Gesellschaften ABH und FZ in NRB ab 2019

Begründung: Um einen realistischen Überblick über die Finanzsituation kommunaler Betrieb zu erhalten und die Transparenz wieder zu erhöhen, sollen die Gesellschaften in der jetzigen Form aufgelöst und in Eigengesellschaften (NRB) umgewandelt werden. Ihre Haushalte werden somit als Teil des Gesamthaushaltes rückgeführt. Der Rat muss die Gesamtzuständigkeit wiedererlangen, um Entscheidungen zur Kostenreduktion treffen zu können.

Projekte wie Stadtwerke und EEZ sowie der Fortbestand der Markthalle müssen unter Kostengesichtspunkten kritisch hinterfragt werden, da aus unserer Sicht unter den jetzigen Bedingungen keine realistische Chance besteht, diese jemals in die schwarzen Zahlen zu bringen. Dazu gehört:

- a. Vorlage einer konservativen Gewerbesteuerschätzung der 5 größten Einzahler sowie der Personal- und Betriebskosten incl. der tarifbedingten jährlichen Erhöhung
- b. Abwicklung der Stadtwerke
- c. Nutzungsalternativen für das EEZ
- d. sich selbst tragendes Wirtschaftskonzept der Markthalle und Aufstellung der Rückbaukosten als Alternative.

Mit freundlichen Grüßen

G. Altmann,
Fraktionsvorsitzende